



3. Landesparteitag 2013 der Piratenpartei Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein

Am: 09..11.2013
Beginn: 10:30 Uhr
Ort: Kiek-In Neumünster,
Gartenstrasse 32, 24534 Neumünster

Inhaltsverzeichnis

1. Begrüßung durch den Landesvorstand.....	3
2. Zulassung von Gästen, Presse und ggf. Streaming.....	3
3. Wahl der Versammlungsämter.....	3
4.1 Beschluss über die Geschäftsordnung.....	3
4.2 Beschluss über die Tagesordnung.....	3
5. Bericht aus der Landtagsfraktion.....	3
6. Nachwahl des stellvertretenden Vorsitzenden.....	4
7. Tätigkeitsbericht des Schiedsgerichts.....	4
8. Wahl des Schiedsgerichts und der Ersatzschiedsrichter.....	4
9. Programmanträge.....	4
P001 – Bekenntnis zu dem langfristigen Erhalt der Gymnasien.....	4
P002 – Stärkung und Ausbau der Vernetzung von Jugendhilfe und Schule.....	5
P003 – Recht auf eigene Macke.....	5
Wahl der Ersatzschiedsrichter.....	7
9. Programmanträge.....	7
WP001- Die Grunderwerbsteuer soll in SH bei 5% bleiben.....	7
WP002 -Fischbestände langfristig erhalten und schützen.....	7
WP003 Instandsetzung der Schleusen und Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals.....	7
WP004 Verschärfung der Netzfischerreibestimmungen im Küstenbereich.....	8
10. Satzungsänderungsanträge.....	8
X006 – Keine Satzungsänderungsanträge mehr.....	8
S001 Geschäftsordnung des LPT.....	8
11. sonstige Anträge.....	9
X001 Positionspapier für eine Frackingfreie Zukunft.....	9
X002 – Positionspapier wider "Geplante Obsoleszenz".....	11
X003 Tourismusabgabe in Schleswig-Holstein.....	11
X004 Fraktionsmittelanstieg.....	12
X005 Löschung von veralteten Unterinstanzen im Landesportal.....	12
12. Verschiedenes.....	12

1. Begrüßung durch den Landesvorstand

Eröffnung der Versammlung um 11.07 Uhr durch den Vorsitzenden Sven Stückelschweiger

Es wurde Frist- und ordnungsgemäß eingeladen.

Es sind 56 Akkreditierte anwesend und damit ist der Landesparteitag beschlussfähig.

2. Zulassung von Gästen, Presse und ggf. Streaming

Gäste und Presse sind zugelassen.

Es gibt keine Einwände gegen das Streaming des Parteitages.

3. Wahl der Versammlungsämter

Als Versammlungsleiter wird Jakob Blobel und Philipp Michels gewählt.

Als Wahlleiter wird Hans-Heinrich Piepgras gewählt.

Als Protokollführer werden Susanne Richter-Hansen gewählt.

Die Wahlhelfer werden später vom Wahlleiter bestimmt

4.1 Beschluss über die Geschäftsordnung

vorliegende GO wird so beschlossen

4.2 Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen:

1. bis 4. wie bereits erledigt
5. Bericht aus der Landtagsfraktion
6. Nachwahl des stellvertretenden Vorsitzenden
7. Tätigkeitsbericht des Schiedsgerichts
8. Nachwahl des Schiedsgerichts und der Ersatzschiedsrichter
9. Programmanträge
10. Wahlprogrammanträge
11. Satzungsänderungsanträge
12. sonstige Anträge
13. Verschiedenes

Als Wahlhelfer werden bestimmt:

Kathrin Jasper

Lech Lucwichowski

Christoph Schäfer

Heiko Schulze

5. Bericht aus der Landtagsfraktion

Torge Schmidt berichtet über

Haushalt SH 2014

Finanzausgleichsgesetz

aktuelle Landespolitische Themen

Arbeit / Themen der Fraktion

Ausblick 2014

6. Nachwahl des stellvertretenden Vorsitzenden

Als Kandidat steht zur Wahl
Oliver Sippel

Wahlergebnis

Abgegebene Stimmen 60
Gültige Stimmen 59
Zustimmung von 88,3%
Durchschnittswert von 8,72
Oliver Sippel nimmt die Wahl an.

In der Auszählpause 12:30 Uhr hören wir den Tätigkeitsbericht des Schiedsgerichts

7. Tätigkeitsbericht des Schiedsgerichts

Alexander Levin berichtet.

Mittagspause 12.35 bis 13.37 Uhr

8. Wahl des Schiedsgerichts und der Ersatzschiedsrichter

Als Kandidaten stehen zur Wahl
Alexander Levin
Stefan Koch
Friederike Mey

Wahlergebnis

Abgegebene Stimmen 57
Gültige Stimmen 56
Es entfallen auf
Alexander Levin: 98,74%; Zustimmung: 8,59
Stefan Koch: 94,74%; Zustimmung: 8,09
Friederike Mey: 96,49%; Zustimmung: 9,07
Die Kandidaten nehmen die Wahl an.

9. Programmanträge

✘ P001 – Bekenntnis zu dem langfristigen Erhalt der Gymnasien

Betrifft: Bildung

Antragsteller: Lehrer Robert

Antragstext

Es wird beantragt als Positionspapier an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piraten bekennen sich zu dem Erhalt der Gymnasien in Schleswig-Holsteins Schullandschaft. Neben den Gemeinschaftsschulen soll das Gymnasium als Schulform langfristig erhalten bleiben, um den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden.

✘ P002 – Stärkung und Ausbau der Vernetzung von Jugendhilfe und Schule

Betrifft: Bildung

Antragsteller: Christin und Lehrer Robert

Antragstext

Es wird beantragt im Grundsatzprogramm im Bereich „Unsere Bildungspolitik“ beim Unterpunkt 7.13 "Unsere Schulkonzeption" den Text wie folgt zu erweitern:

7.13 Unsere Schulkonzeption Es gibt in Schleswig-Holstein den Trend zu ständigen Miss-Reformen, welche die eigentlichen Probleme gar nicht erst angehen. Wir fordern stattdessen grundlegende Veränderungen vorzunehmen, die bewährte Reformideen wie flexible und modulare Unterrichtsstrukturen aufgreifen. Ziel unserer Schulpolitik ist die optimale Förderung der Schüler. Diese wird durch eine freiwillige Ganztagesbetreuung erleichtert, die flächendeckend ermöglicht werden soll und in der eine örtliche Kooperation mit schulexternen Trägern wie Vereinen oder Musikschulen angestrebt wird. In Schleswig-Holstein verbringen viele Kinder und Jugendliche einen großen Teil des Tages in der Schule. Die Schule wird somit für viele von ihnen zu einem zentralen Aufenthaltsort. Dieser Entwicklung sollten Schulen mit der Erweiterung ihrer Angebote Rechnung tragen, wozu sie aber auch finanziell angemessen ausgestattet werden müssen. So kann eine positive Veränderung der Schule vom Lernort zum Lebensort gelingen. Die bestehenden offenen und gebundenen Ganztagschulen praktizieren zum Teil schon heute erfolgreich die Kooperation von Jugendhilfe und Schule und sollten vor diesem Hintergrund weiter konzeptionell weiterentwickelt und intensiv gefördert werden. Zusammen mit Angeboten der Schulsozialarbeit wirken so unterschiedliche pädagogische Professionen am Ort Schule und ermöglichen Schüler und Schülerinnen den umfassenden Erwerb formeller und informeller Kompetenzen. Weitere alternative Unterrichtskonzepte müssen in Schleswig-Holstein weiterhin möglich sein und parallel zu den bisherigen Unterrichtsformen existieren dürfen. Den Schulen sind hier auf Wunsch von Eltern, Schülern und Schulträgern mehr Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen.

Stimmen wurden ausgezählt: 22 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen, daher hat der Antrag keine 2/3 Mehrheit und ist abgelehnt.

✔ P003 – Recht auf eigene Macke

Betrifft: Abschnitt 4 „Inneres und Justiz“; Grundsatzprogramm

Antragsteller: Jörg Stefan

Antragstext

Es wird beantragt im Grundsatzprogramm Abschnitt 4 „Inneres und Justiz“ zu wie folgt zu ändern. Der Antrag ist dabei nach dem Willen der Versammlung als Ganzes oder jeder Abschnitt als je eigener Antrag abzustimmen.

Aktuelle Fassung:

Jeder Mensch hat das Recht auf die eigene Macke.

Neue Fassung:

Teilhabe (Inklusion)

Jeder Mensch hat ein Recht auf die eigene Macke. Menschen mit Einschränkung gehören zur Gesellschaft dazu.

1. Leichte Sprache: Die Piraten-Partei spricht sich für eine umfassende Benutzung der leichten

- Sprache aus. Mit leichter Sprache kann man Texte besser verstehen und sprechen.
2. Sexualität: Menschen mit Einschränkung haben eine Sexualität. Sie müssen sie leben können. Egal welches Geschlecht ein Mensch mit Einschränkung liebt.
 3. Gesellschaft: Menschen mit Einschränkung stellen eine Bereicherung für die Gesellschaft dar. Die Gesellschaft muss sich anstrengen. Damit Menschen mit Einschränkung überall mitmachen können.
 4. Fähigkeiten: Auch Menschen mit Einschränkung haben Fähigkeiten. Manchmal braucht es mehr Zeit. Damit diese Fähigkeiten gut genutzt werden können. Diese Zeit muss sich die Gesellschaft nehmen.
 5. Wahlen: Alle Menschen haben das Recht an Wahlen teil zu nehmen. Auch mit einer schweren Einschränkung. Wahl-Scheine sind mit Namen und Bildern der Kandidaten besser zu verstehen.
 6. Ansprechen: Menschen mit Einschränkung sind wie jeder Mensch anzusprechen. Und nicht als Erwachsene wie Kinder.
 7. Gefühl: Menschen mit Einschränkung haben Gefühle. Diese Gefühle wollen sie normal leben können.
 8. Erreichbarkeit: Menschen mit einer Einschränkung müssen jeden Ort selber erreichen können. Und zwar ohne auf die Hilfe anderer warten zu müssen.
 9. Förderung: Gesetze und Bestimmungen müssen das Können von Menschen mit Einschränkung fördern und unterstützen. Menschen mit Einschränkung müssen nach den vorhandenen Fähigkeiten gefördert werden. Und zwar ohne, dass eine Überforderung entsteht.
 10. Leben: Durch Entscheidungen in Parlamenten muss Menschen mit Einschränkung das Leben leicht gemacht werden. Das Leben unnötig schwer zu machen muss eine Straftat sein.

Ohne Hindernis (Barriere-Freiheit)

Der Begriff „Ohne Hindernis“ (Barriere-frei) soll nicht nur für Menschen mit körperlicher Einschränkung gelten. Sondern auch für Menschen mit geistiger und psychischer Einschränkung. Sie alle wollen ohne Hindernisse an der Gesellschaft teilhaben. Alle Hindernisse müssen abgebaut werden. Für Menschen mit körperlicher Einschränkung, geistiger oder psychischer Einschränkung.

Hilfe für Menschen mit Einschränkung (Behindertenhilfe)

Menschen, die in Werkstätten für Behinderte Menschen arbeiten, müssen alle paar Jahre zum Amts-Arzt. Dort wird überprüft, ob die Person weiter in der Werkstatt arbeiten kann. Bei Menschen, mit einer sehr starken Einschränkung soll die Eingangs-Untersuchung ausreichen.

GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste wird angenommen.

Kurze Unterbrechung bis 15.20 Uhr

GO-Antrag auf Zuteilung eines Redeslots für Jörg-Stefan wird angenommen.

Er bedankt sich bei seinen Helfern für die Unterstützung die Anträge zu formulieren.

Wahl der Ersatzschiedsrichter

Als Kandidaten stehen zur Wahl
Timo Falk
Stephan Ratschow

Es entfallen auf
Timo Falk 95,56%; Zustimmung 8,32
Stephan Ratschow 95,56%; Zustimmung 8,53

Die Kandidaten nehmen die Wahl an.

9. Programmanträge

✔ WP001- Die Grunderwerbsteuer soll in SH bei 5% bleiben

Betrifft: Wirtschaft und Finanzen; Wahlprogramm

Antragsteller: Lehrer Robert

Antragstext

Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei SH setzt sich dafür ein, dass die Grunderwerbsteuer nicht ab 2014 von 5% auf 6,5% erhöht wird, sondern bei 5% bleibt, um die Wohnungswirtschaft in SH nicht zu gefährden.

✘ WP0002 -Fischbestände langfristig erhalten und schützen

Betrifft: Umwelt und Natur; Wahlprogramm

Antragsteller: Lehrer Robert

Antragstext

Es wird beantragt, im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei setzt sich gegen die Überfischung der Meere ein. Deshalb wollen die Piraten Einfluss auf die Fischbestände der Nord- und Ostsee nehmen und setzen sich für EU-weite niedrigere Fangquoten und für eine Heraufsetzung der Mindestmaße der Fische ein. So sollte u.a. das Mindestmaß für Dorsche von 38cm auf 45cm und für Meerforellen von 40cm auf 45cm heraufgesetzt werden, damit wieder mehr laichreife Fische die Chance zur Fortpflanzung erhalten. Da der Hering als Futterfisch für viele andere Arten des besonderen Schutzes bedarf, sollte seine Fangquote wieder um 50% auf 142.000t reduziert werden, um wieder die Quote von 2011 zu erreichen. Nur nachhaltiges Bewirtschaften sichert langfristig Arbeitskräfte und Nahrung.

GO-Antrag

Es wird beantragt auf Antrag zur Abstimmung anstehende Anträge auch modular abzustimmen, sofern es die Versammlung beschließt. Der Antrag wurde abgelehnt.

▣ WP0003 Instandsetzung der Schleusen und Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals

Betrifft: Bauen und Verkehr; Wahlprogramm

Antragsteller: Lehrer Robert

Antragstext

Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

Modul 1: Der Nord-Ostsee-Kanal ist für den Industriestandort Deutschland unverzichtbar. Die Piratenpartei SH setzt sich dafür ein, dass die Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals möglichst zügig überholt werden und eine 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel gebaut wird, um den Schiffsverkehr aufrecht zu erhalten und die am meisten befahrene künstliche Wasserstraße der Welt profitabler und wieder attraktiver zu machen. Modul 2: Damit der Güterverkehr langfristig ökologisch und ökonomisch abgewickelt werden kann, sollte der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals (Begradigung und Vertiefung) zügig vorangetrieben werden, da die Schiffe immer größer werden und immer mehr Tiefgang haben.

✘ WP004 Verschärfung der Netzfischerreibe Bestimmungen im Küstenbereich

Betrifft: Umwelt und Natur; Wahlprogramm

Antragsteller: Lehrer Robert

Antragstext

Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei SH setzt sich dafür ein, das Netzverbot im Küstenbereich von 200 m auf 1000 m auszudehnen, um Fischen einen größeren Schonraum zu gewähren. Außerdem sollte eine Mindesttiefe der Stellnetze von 6m nicht unterschritten werden dürfen, damit sich Wasservögel nicht weiter in ihnen verfangen und elendig ertrinken. So ist z.B. der Bestand der Eiderente in der Ostsee in den letzten Jahren deshalb dramatisch zurück gegangen.

10. Satzungsänderungsanträge

✘ X006 – Keine Satzungsänderungsanträge mehr

Betrifft: Satzungsänderung; Sonstiger Antrag

Antragsteller: Christel

Antragstext

Ich beantrage die "andauernden - anhaltenden Satzungsänderungsanträge zur Deutsch Ausdrucksformulierung - "Ist deiner nun besser oder stimmiger wie meiner" oder nicht - zu unterlassen! Die dadurch eingesparte und (Gewonnene) Zeit kann der Programmdiskussion - wie kann unsere Parteiarbeit wieder so ansprechend werden, das der /die Wähler wieder Zutrauen in unsere Partei und unsere Programme bekommen!

So das wir wieder in die Anerkennung einer zu wählenden Partei kommen! Den mündigen Bürger interessieren aber weder eine Zeitreise noch ständige Satzungsänderungen!

✔ S001 Geschäftsordnung des LPT

Betrifft: Abschnitt A § 9b – Der Landesparteitag

Antragsteller: Darkstar

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

1) In § 9b wird ein neuer Absatz 2 eingefügt. Der bisherige Absatz 2 und die folgenden Absätze werden entsprechend neu nummeriert. 2) Die aktuelle Fassung der Geschäftsordnung wird als "Anlage 1" nach dem Abschnitt C in die Satzung aufgenommen. Der neue § 9b Absatz 2 erhält die folgende Fassung:

Neue Fassung:

(2) Der Landesparteitag arbeitet auf Grundlage der in Anlage 1 enthaltenen Geschäftsordnung, die Bestandteil dieser Satzung ist. Änderungsanträge zur Geschäftsordnung sind auch für einen laufenden Landesparteitag möglich, § 11 findet dann keine Anwendung und solche Änderungen wirken nicht über das Ende des Landesparteitages hinaus. (2) Der Landesparteitag arbeitet auf Grundlage der in Anlage 1 enthaltenen Geschäftsordnung, die Bestandteil dieser Satzung ist. Änderungsanträge zur Geschäftsordnung sind auch für einen laufenden Landesparteitag möglich, § 11 findet dann keine Anwendung und solche Änderungen wirken nicht über das Ende des Landesparteitages hinaus.

11.sonstige Anträge

✓ X001 Positionspapier für eine Frackingfreie Zukunft

Betrifft: Positionspapier

Antragsteller: Gabi67, MalteS und Starkiller für die Bundes AG Umwelt Untergruppe Fracking

Antragstext

Die Achtung des Lebens jeglicher Art ist Grundprinzip der PIRATEN Deutschlands. Wir setzen uns für einen schonenden Umgang mit der Umwelt und den Erhalt der Natur ein. Wir sind uns dabei bewusst, dass dies oftmals im Gegensatz zu wirtschaftlichen Interessen steht. Es gilt, einen angemessenen Ausgleich zwischen dem ökonomischen Interesse und dem ökologischen Anspruch zu schaffen, wobei letzterer im Zweifelsfall den Ausschlag gibt. Dieser Fall ist bei der Anwendung des Hydraulic Fracturing (kurz: Fracking) zur Förderung von "unkonventionellem" fossilem Erdgas und Erdöl, sowie bei der Verpressung umweltschädigender Substanzen in den Untergrund, gegeben. Derartige Verfahren bergen ein erhebliches Umweltrisiko und widersprechen der beschlossenen Energiewende. Fracking wird dem ökologischen Anspruch für Mensch, Tier und Umwelt nicht gerecht und ist daher zu verbieten.

Von mehreren Bergämtern wurden deutschlandweit an internationale Konzerne neue Konzessionen zur Erkundung (Aufsuchungserlaubnisse) vorzugsweise von "unkonventionellen" Kohlenwasserstoffen, erteilt. Sie sind Grundlage für eine spätere Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen unter Anwendung der umstrittenen Aufschluss-Methode des Fracking. Die "unkonventionellen Vorkommen" sind ohne den Einsatz des Fracking nicht auszubeuten.

Studien, wie z.B. das Gutachten "Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten" aus dem August 2012 im Auftrag des Umweltbundesamtes, belegen unabsehbare Risiken mit unumkehrbaren Folgeschäden an Natur und Umwelt[1].

Einige bisher bekannten Gefahren beziehen sich auf:

- Eine Gefährdung für das Grundwasser durch das Einbringen öko- und humantoxischer sowie wassergefährdender Stoffe

- Die Freisetzung von natürlich vorkommenden Giftstoffen aus dem Untergrund, wie Schwermetalle (z.B. Quecksilber), radioaktive Elemente, krebserregende Substanzen (z.B. Benzol) und Salze in hoher Konzentration.
- Schädigung von Wasseradern und die Zerstörung uns unbekannter Tiefenstrukturen im Erduntergrund.
- Die Versalzung von Wasseradern.
- Durch den hohen Druck aus dem Untergrund können Solevorkommen in Grundwasserbereiche verpresst werden.
- Durch Druckveränderungen werden Erdbeben im Untergrund ausgelöst z.B. durch Disposalbohrungen.
- Auftretende Undichtigkeiten (Leckagen) führen zu direkten oberirdischen und unterirdischen Verunreinigung der Böden und Wasseradern mit teilweise hochgiftigen Fracking Zusätzen (Fracking Fluid), den aus dem Untergrund gelösten Stoffen sowie durch Methangas, welches eine um Faktor 21 höhere Klimaaktivität als Kohlendioxid (CO₂) hat.[2]

Die weltweiten Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass weder die Gas-Konzerne noch die Regierungen in Verantwortung für die Bewahrung unserer Umwelt handeln. Oberste Priorität hat die Gewinnmaximierung. Die gefährlichen und unabsehbaren Folgen der gewaltsamen Methoden zur Ausbeutung letzter fossiler Reserven werden bewusst in Kauf genommen. Dies ist in höchstem Maße bedenklich, verantwortungslos und nicht hinnehmbar! Gerade Deutschland, welches als Vorreiter der Energiewende weltweit Anerkennung findet, sollte nicht den Schritt zurück zu fossilen Energieträgern gehen.

Wir setzen uns dafür ein, Fracking zur Forschung, Förderung und Erschließung von Kohlenwasserstoffvorkommen zu verbieten. Die Verpressung von giftigem Lagerstättenwasser und Flowback mittels Versenkbohrungen zu verbieten. Das Bergrecht abzuschaffen und durch ein Bundesumweltgesetzbuch und dreidimensionale Raumplanung zu ersetzen.[3] Das Wasserrecht zum vorrangigen Recht zu machen, und dies nicht nur in Wasserschutzgebieten.

Langfristig setzen sich die PIRATEN für ein Umweltgesetzbuch ein, welches folgende Gefahren bei der Förderung von Rohstoffen mit Sicherheit ausschließt:

- Die Gefährdung von Grund-, Nutz- und Trinkwasser
- Das Einbringen von umwelt- oder wassergefährdender Stoffen in den Boden
- Versenkbohrungen von belastetem Lagerstättenwasser
- Das Auslösen seismischer Aktivitäten
- Das Abfackeln von giftigen Gasen

Die mit dem Fracking - und anderen risikobelasteten Fördermethoden - verbundenen Kosten, wie z.B. Wasserverunreinigung, werden derzeit von der Allgemeinheit getragen. Diese Kosten sollen und müssen in Zukunft in verstärktem Maße auf die Nutznießer umgelegt werden. Die Umlage soll anhand der Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts und der Bedeutung der betroffenen Güter (z.B. besonders hoch bei Grundwasser) festgelegt werden und darf insbesondere den aktuellen Marktpreis der geförderten Ressource überschreiten. Unbekannte oder nicht hinreichend aufgeklärte Risiken müssen zwangsläufig zu einer hohen Abgabe und nicht einer niedrigen Abgabe führen.

Zusätzlich ist die Beweislast im Schadensfall umzukehren und so auszugestalten, dass Bürger adäquat entschädigt und der ursprüngliche Zustand der Natur wieder hergestellt werden

muss. Die Betreiberunternehmen müssen hierfür gesetzlich zur Bildung von Rücklagen verpflichtet werden, die eine hinreichende finanzielle Ausstattung im Haftungsfall sicherstellen.

Die PIRATEN lehnen das Fracking auch unter dem Gesichtspunkt einer vorausschauenden Ressourcenplanung ab. Das aktuelle Bergrecht basiert auf der Prämisse, dass Ressourcenausbeute immer im Interesse der Gesellschaft ist. Aus Sicht der PIRATEN ist dies nicht mehr zeitgemäß. Daher bedarf es einer langfristigen Ressourcenplanung, durch welche die schwindenden Ressourcen für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Eine Ressourcenausbeute nur unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlichen Gewinns lehnen die PIRATEN ab.

[1]

<http://www.bmu.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/umweltauswirkungen-von-fracking-bei-der-aufsuchung-und-gewinnung-von-erdgas-aus-unkonventionellen-lagerstaetten/>

[2]

http://www.greenpeace.de/themen/klima/klimawandel/artikel/welche_treibhausgase_verursachen_die_erderwaermung/

[3] PA 188 - https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA188

✓ X002 – Positionspapier wider "Geplante Obsoleszenz"

Antragsteller: Hans vom Schloss

Antragstext

Unter „Geplanter Obsoleszenz“ oder auch „Gewolltem vorzeitigen Verschleiß“ versteht man Maßnahmen, die darauf abzielen, die Lebenszeit eines Produktes künstlich, also absichtsvoll zu verkürzen.

Die Piratenpartei verurteilt alle Maßnahmen, die die geplante Störung oder Zerstörung der Funktionalität eines Produktes nach einer bestimmten, durch den Hersteller gewünschten Zeit zum Ziele haben. Die Piratenpartei verurteilt alle Maßnahmen, die eine geplante Minderung in der Verwendbarkeit eines Produktes nach einer festgelegten Zeit herbeiführen sollen oder diese billigend in Kauf nehmen. Die Piratenpartei fordert alle Hersteller auf, ihre Produkte keiner „geplanten Obsoleszenz“ zu unterwerfen, also darauf zu verzichten, künstliche Alterungs- oder Zerstörungsprozesse bewusst in ihre Produkte einzubauen. Zur nachhaltigen Schonung unserer verknappenden Ressourcen werden Hersteller aufgefordert, ihre Produkte so zu produzieren, dass Reparaturen bezahlbar sind bzw. überhaupt erst möglich werden – etwa durch einen modularen Aufbau des Produktes.

✓ X003 Tourismusabgabe in Schleswig-Holstein

Antragsteller: Malte S.

Antragstext

Konkurrierende Anträge:

✓ a) Der Landesparteitag solle entscheiden: "Die Piratenpartei Schleswig-Holstein lehnt die Einführung Tourismusabgabe wie von der Landesregierung vorgeschlagen (<http://pir.at/bgabe.pdf>-Datei) ab."

✗ b) Der Landesparteitag solle entscheiden: "Die Piratenpartei Schleswig-Holstein befürwortet

die Einführung Tourismusabgabe wie von der Landesregierung vorgeschlagen (<http://pir.at/bgabe>, pdf-Datei)."

Antrag "a" wurde angenommen.

Meinungsbild zur Einführung der Tourismusabgabe war durchwachsen.

✘ X004 Fraktionsmittelanstieg

Betrifft: Positionspapier

Antragsteller: Pab

Antragstext

Die Piratenpartei Schleswig-Holstein spricht sich gegen weitere Erhöhungen der Fraktionsmittel aus, weil dies vor dem Hintergrund der weit überproportionalen Fraktionsmittelerhöhungen in der Vergangenheit, der hohen Zinslast des Landes, der Leistungskürzungen für die Bürger, des einschneidenden Personalabbaus in der Landesverwaltung und des unterfinanzierten Bildungssystems nicht zu rechtfertigen ist. In Zeiten steigender Landesschulden und den Bürgern zugemuteter Mittelkürzungen muss auch die Politik ihren Einsparbeitrag leisten, um die Belastungen sozial gerecht zu verteilen.

Abstimmung wurde ausgezählt

13 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

✘ X005 Löschung von veralteten Unterinstanzen im Landesportal

Antragsteller: EDaddy, CMM

Antragstext

Hiermit beantragen wir die Löschung aller Unterinstanzen deren letzter Beitrag älter als 8 Wochen ist. Die Verantwortlichen werden informiert und erhalten 2 Wochen Frist dies zu korrigieren. Danach wird die jeweilige Instanz gelöscht oder fortgeführt.

Bei einer Löschung wird kein Backup oder Archiv der Unterinstanz aufbewahrt.

12. Verschiedenes

Schweigeminute in Gedenken an die Opfer der Reichsprogromnacht vom 09.11.1938

Die Versammlung wurde um 17.54 Uhr beendet.